

Weichenstellungen für eine nachhaltige, alternative Wirtschafts- und Finanzpolitik

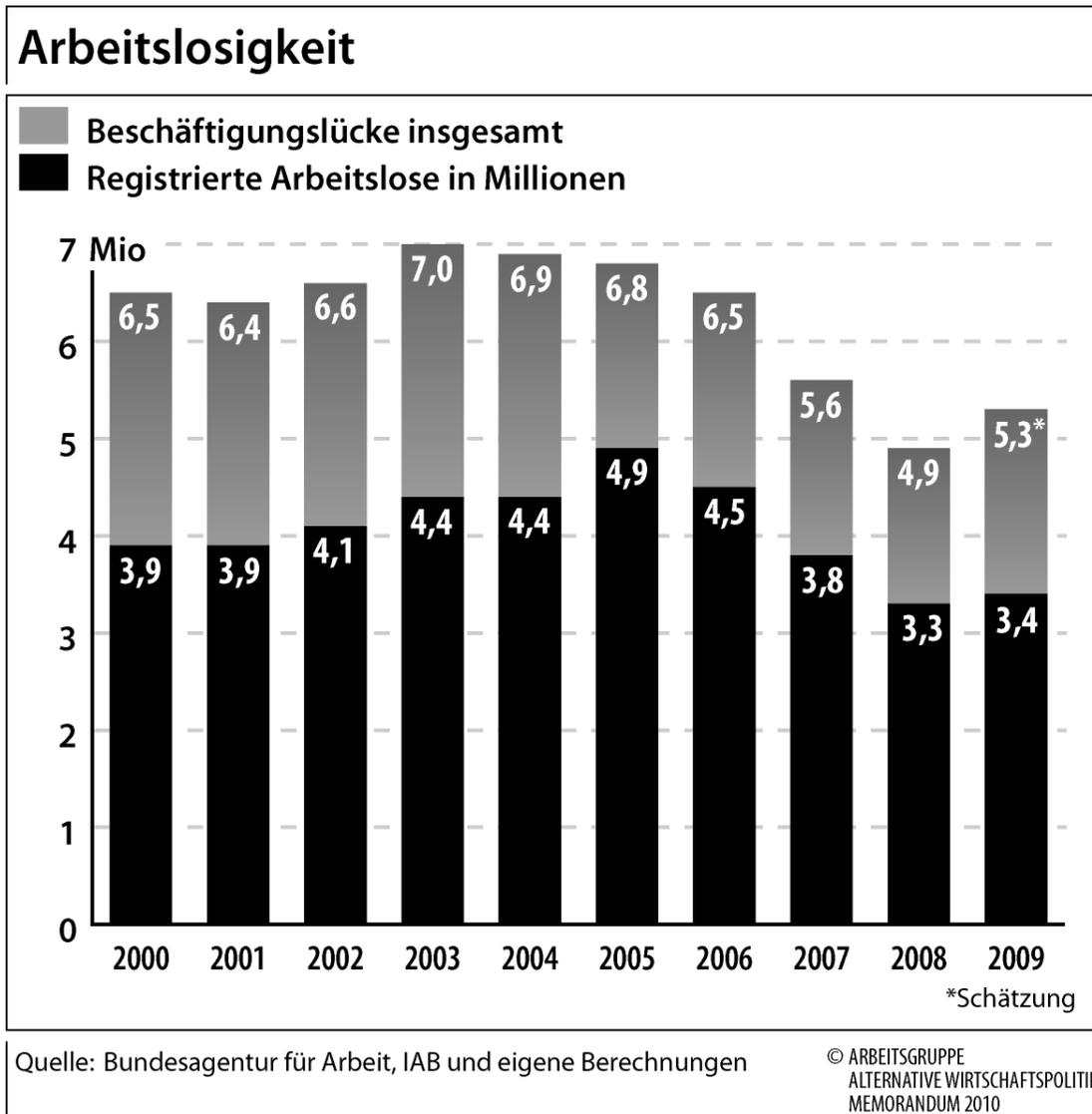
→ Exportweltmeister Deutschland: Besonders verwundbar



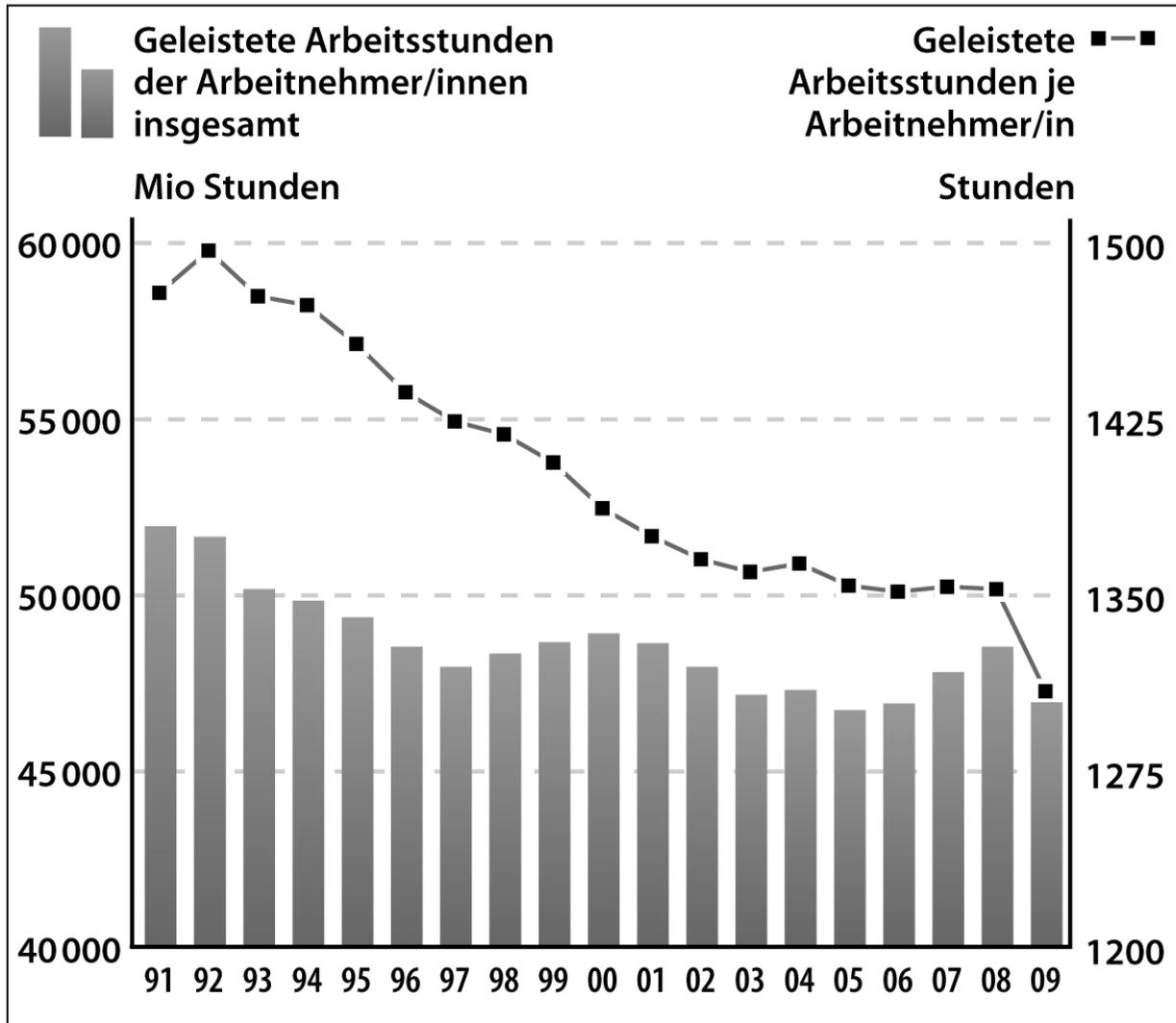
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

→ Massenarbeitslosigkeit – Ein Dauerphänomen



Geleistete Arbeitsstunden abhängig Beschäftigter



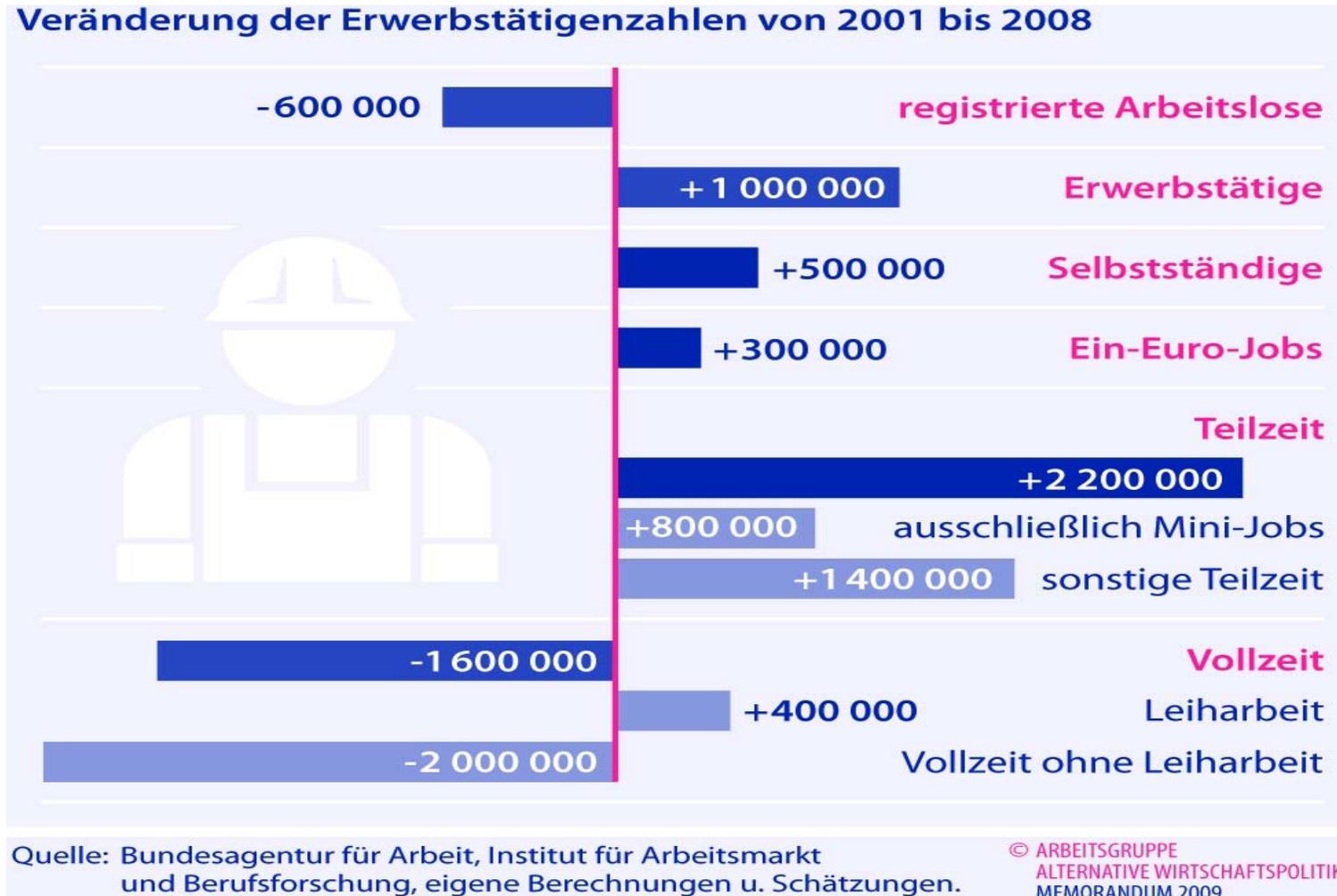
Quelle: IAB

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2010

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

➔ Mehr Beschäftigung vor der Krise – aber was für welche?

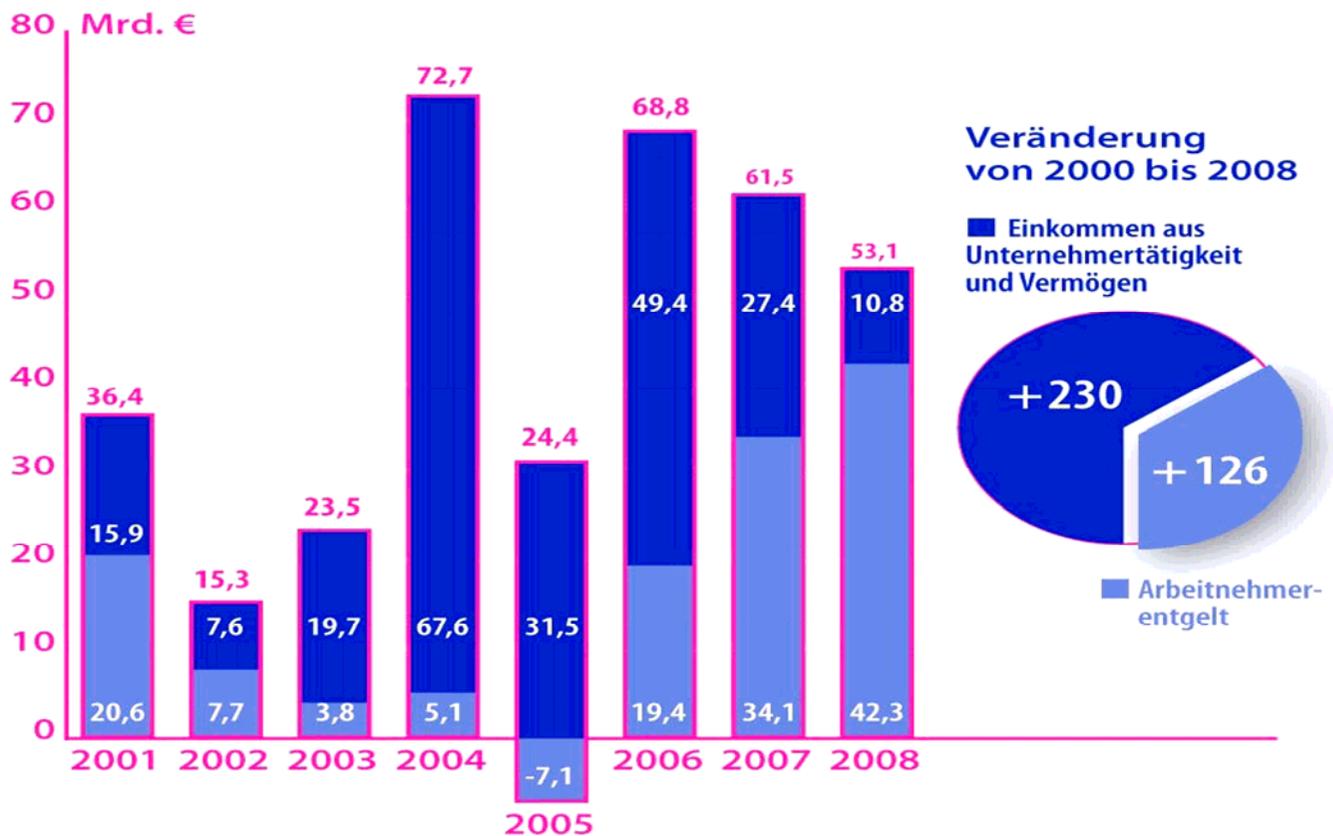


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ Wachstum und Verteilung

Wachstum des Volkseinkommens und seine Verteilung – jährliche Veränderung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

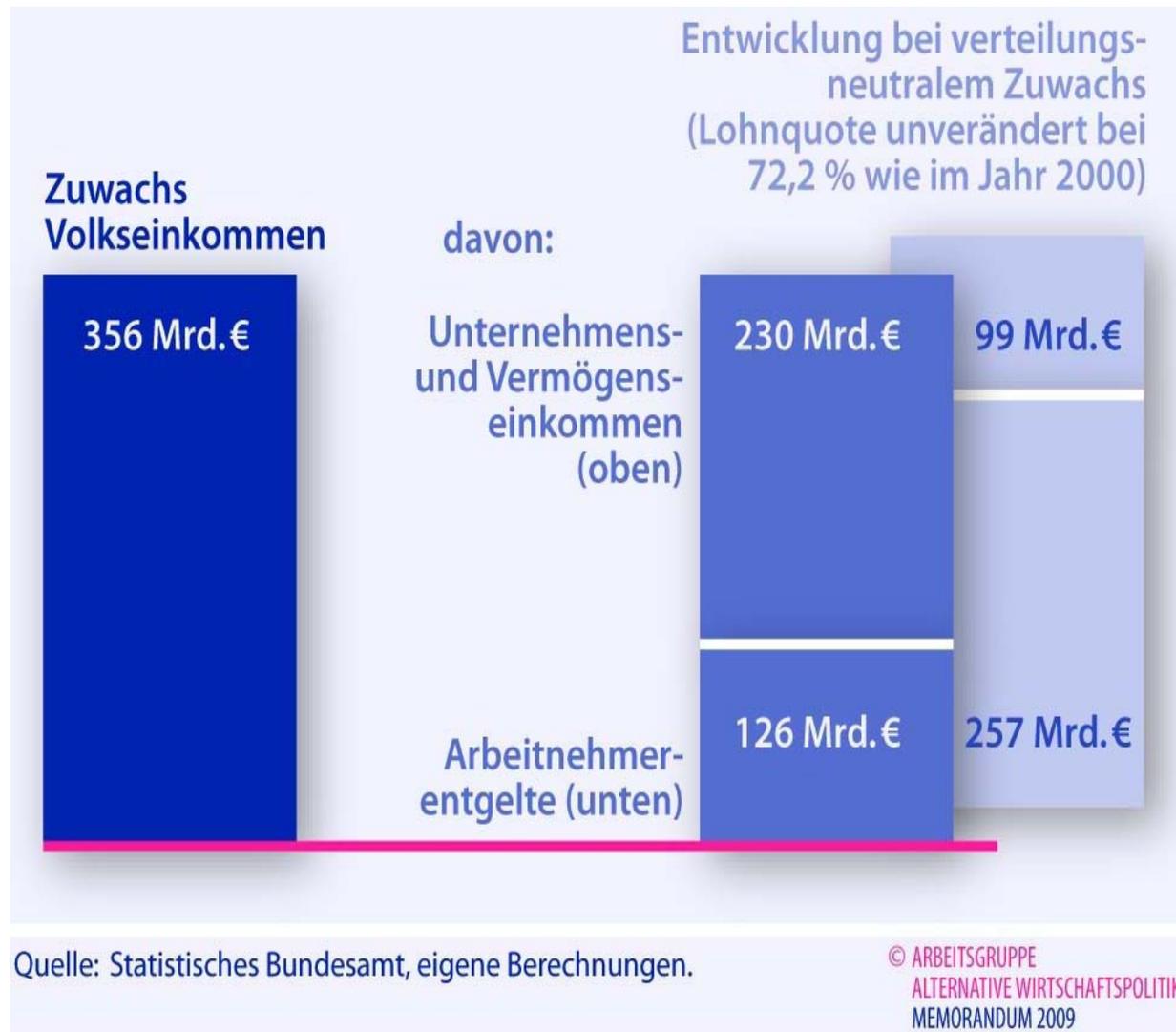
© ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK MEMORANDUM 2008

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

→ Wenig für viele – viel für wenige

Verteilung des Volkseinkommens 2000 – 2008

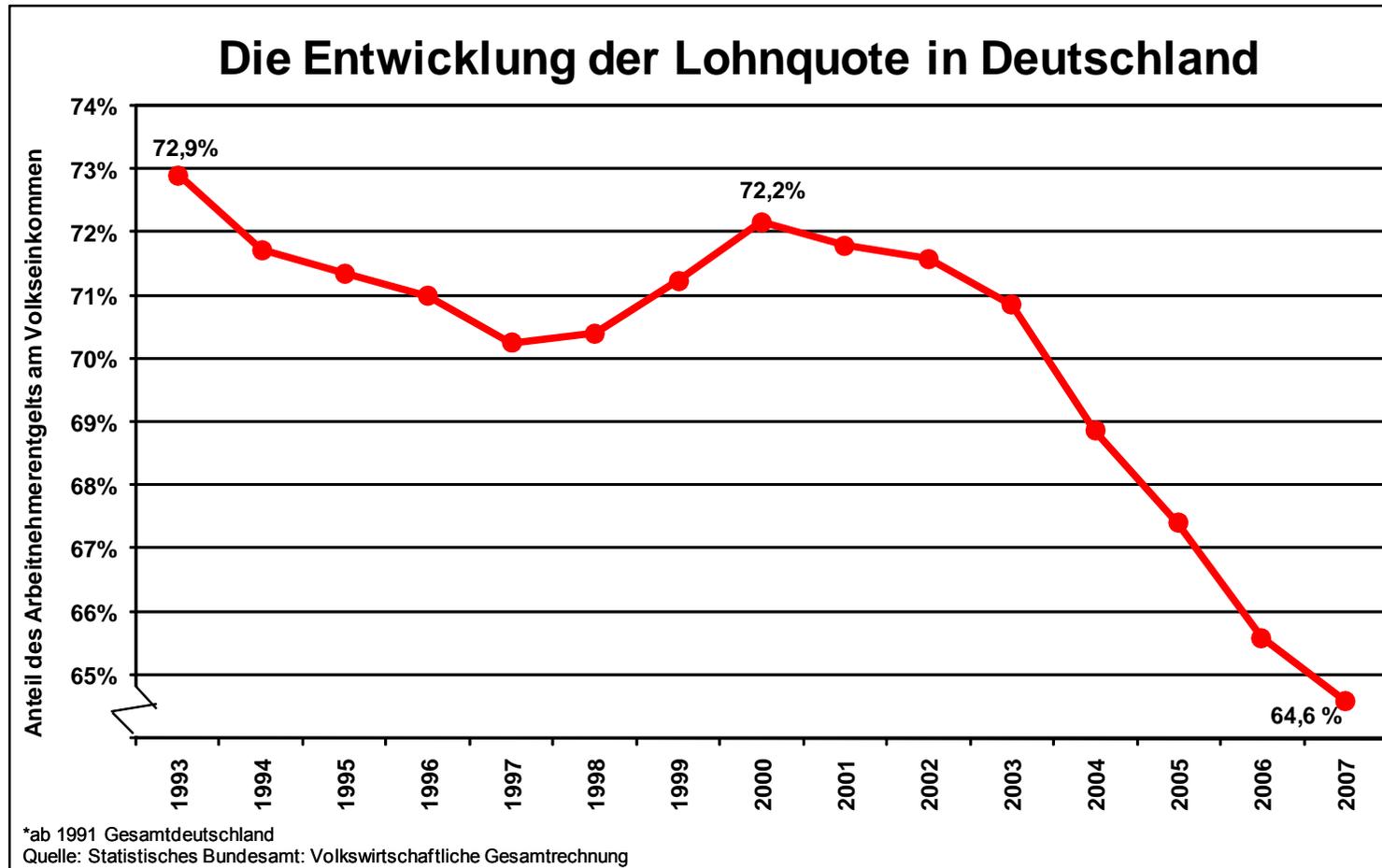


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

→ Absturz der Lohnquote

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen

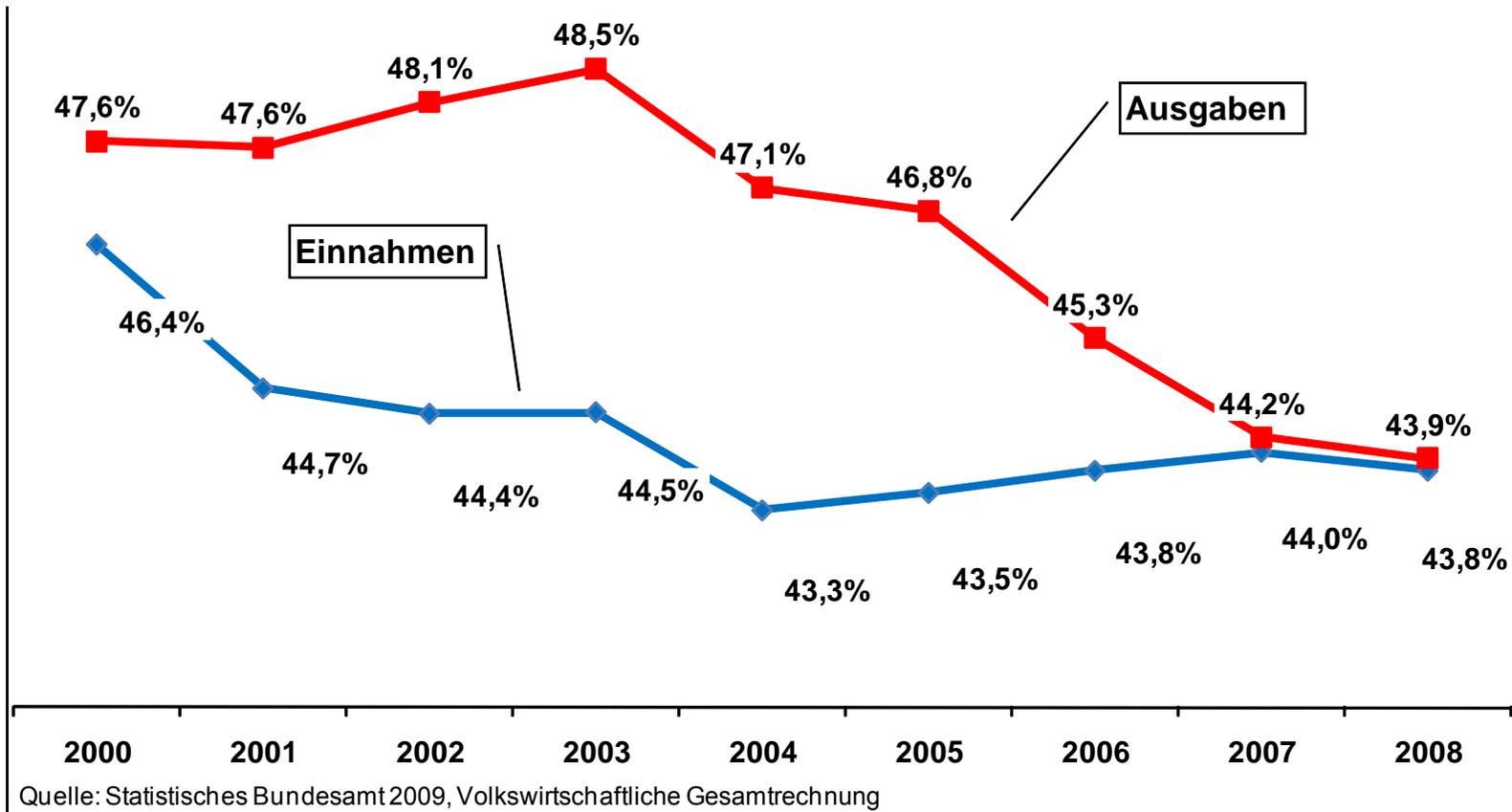


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

→ Drastische Ausgabensenkungen und rückläufige Einnahmen

Anteil von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt



Dr. Axel Troost, MdB

→ Steuerreformbedingte Ausfälle durch Steuergesetzesänderungen auf den verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen seit 1998*

Die steuerreformbedingten Ausfälle aufgrund von Steuergesetzesänderungen auf den verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen seit 1998 von 2000-2013															
	Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo bis 2013	Insg.	-4,12	-29,50	-24,02	-30,92	-34,63	-43,35	-40,48	-20,00	-20,15	-36,34	-51,48	-55,53	-51,84	-48,00
	Bund	-2,33	-14,46	-12,71	-15,19	-17,06	-20,64	-19,33	-4,49	-2,47	-10,94	-18,55	-19,89	-18,89	-17,77
	Länder	-1,21	-11,91	-9,91	-13,05	-16,02	-20,13	-19,50	-13,23	-11,14	-19,74	-24,82	-27,02	-25,29	-23,71
	Gemeinden	-0,58	-3,14	-1,40	-2,68	-1,55	-2,59	-1,65	-2,28	-3,58	-5,66	-8,10	-8,61	-7,65	-6,53
	Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo bis 2013	rot-grün	-4,12	-29,50	-24,02	-30,92	-34,63	-43,35	-38,75	-41,72	-42,72	-45,72	-47,22	-48,42	-49,32	-50,12
	schwarz-rot	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,73	21,72	22,58	9,39	1,83	1,11	6,45	10,45
	schwarz-gelb	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,09	-8,22	-8,97	-8,34
	gesamt	-4,12	-29,50	-24,02	-30,92	-34,63	-43,35	-40,48	-20,00	-20,15	-36,34	-51,48	-55,53	-51,84	-48,00

Quelle: Kai Eicker-Wolf und Achim Truger, Entwicklung und Perspektiven der Kommunal Finanzen in Hessen, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt, Februar 2010

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ **Ausfälle durch Steuerreformen seit 1998 (in Mrd. Euro)**

Jahr	2000-09	2008-13	2000-13
Insg.	-283,5	-263,3	-490,4
Bund	-119,6	-88,5	-194,7
Länder	-135,8	-131,7	-236,7
Gemeinden	-25,1	-40,1	-56,0
Jahr	2000-09	2008-13	2000-13
rot-grün	-335,5	-283,5	-530,5
schwarz-rot	51,9	51,8	71,8
schwarz-gelb	0,0	-31,6	-31,6
gesamt	-283,5	-263,3	-490,4

Quelle: Kai Eicker-Wolf und Achim Truger, Entwicklung und Perspektiven der Kommunal финанzen in Hessen, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt, Februar 2010

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ Der Anfang von Schwarz-Gelb: Steuerausfälle durch „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“

Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr				
		2010	2011	2012	2013	2014
Insgesamt	-8 482	-6 092	-8 222	-8 972	-8 335	-8 140
Bund	-4 631	-3 869	-4 527	-4 790	-4 509	-4 444
Länder	-2 280	-1 358	-2 200	-2 434	-2 285	-2 221
Gemeinden	-1 571	- 865	-1 495	-1 748	-1 541	-1 475

¹ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von 12 Monaten

Quelle: Gesetzentwurf Wachstumsbeschleunigungsgesetz

→ Wirtschaftspolitische Alternativen

1. Gesetzlicher Mindestlohn und mindestens verteilungsneutrale Einkommenspolitik
2. Gute Arbeit – Gutes Leben:
Prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen
3. **Sozial-ökologisches** Zukunftsinvestitionsprogramm
4. Stärkung der Kommunalfinanzen
5. Arbeitszeitverkürzung
6. Armutsfeste Grundsicherung
7. Reregulierung der Finanzmärkte, Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie
8. Neue Weltwirtschaftsordnung

→ 1. Gesetzlicher Mindestlohn und verteilungsneutrale Lohnpolitik

- Verteilungsneutrale Lohnpolitik statt deutsches Lohndumping
- 10 Euro (brutto) für alle in Deutschland Beschäftigten
- Jährliche Anpassung des Mindestlohns
- Allgemeinverbindlichkeit tariflich vereinbarter Mindestentgelte, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen
- Beratung der Bundesregierung bei Einführung und Anpassung des Mindestlohns durch einen Mindestlohnrat (Tarifparteien und Wissenschaft)
- Kontrollmechanismen, Sanktionen und Verbandsklagerecht

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ 2. Grundsätze Guter Arbeit

- Gute Arbeit ist sicher: rechtlich, sozial und gesundheitlich
- Von Guter Arbeit kann man gut leben
- Gute Arbeit hat Maß → Arbeitszeitverkürzung
- Gute Arbeit ist demokratisch, daher Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen
- Gute Arbeit stellt Männer und Frauen gleich
- Gute Arbeit bietet Gestaltungsspielräume für unterschiedliche Lebensentwürfe

→ Ein Programm für Gute Arbeit

- Keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne triftigen Grund
- Subventionierung geringfügiger Beschäftigung beenden, Minijobs in reguläre Arbeitsverhältnisse umwandeln
- Leiharbeit bis maximal 6 Monate begrenzen und dabei gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Praktika als Lernverhältnisse gesetzlich schützen und angemessen vergüten
- Scheinselbständigkeit zurückdrängen, in die Scheinselbstständigkeit Gedrängte unterstützen und in die Sozialsysteme zurückholen
- Solo-Selbständige ebenfalls in die sozialen Sicherungssysteme aufnehmen

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ Ein Programm für Gute Arbeit (Forts.)

- Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose wieder einführen
- Regelsatz des Arbeitslosengeld II auf 500 € erhöhen
- Kündigungsschutz verbessern
- Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern
- Öffentliche Auftragsvergabe an Vergaberichtlinien binden

→ 3. Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm

1. Konjunktur- und Zukunftsprogramm: 100 Mrd. ab 2010

- Masseneinkommen stärken: Renten und Hartz-IV-Regelsatz (auf 500 Euro) erhöhen (15 Mrd. €)
- Öffentlich geförderte Beschäftigung (500.000 Arbeitsplätze) ausbauen (15 Mrd. €)
- Öffentliche Investitionen in Höhe von 70 Mrd. € – fortgeführt als **langfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm**

2. Zukunftsfonds für sozial und ökologisch innovative Industrien (25 Mrd., über Anleihe finanziert)

→ Zukunftsprogramm – Überblick

85 Mrd. jährlich für:

- Bildung (30)
- Gesundheit (5)
- Umwelt (20)
- Kommunale Infrastruktur/ Daseinsvorsorge (15)
- Öffentlich geförderte Beschäftigung (15)

So viel fließt in die Staatskasse:

- Finanztransaktionsteuer: 20 Mrd.
- (Vermögensteuer 14 Mrd.)
- Millionärsteuer: 80 Mrd.
- Erbschaftsteuer: 4 Mrd.
- Unternehmen- und Gewerbesteuerreform: 26 Mrd.
- Verbesserung Steuervollzug: 10 Mrd.
- Selbstfinanzierung: 20 Mrd.

Das kommt zusammen: bis zu 160 Mrd.

→ 4. Stärkung der Kommunalfinanzen

- **Kompensationen der Steuerausfälle**
 - Abschaffung der Gewerbesteuerumlage ,
 - kommunale Investitionspauschale
 - Finanzbeziehungen Bund, Ländern und Kommunen neu gestalten
- **Gewerbesteuer umbauen zur Gemeindewirtschaftsteuer**
- **Schuldenbremse zurücknehmen**
- **Einklagbares und verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen einführen**
- **Public-Privat-Partnership (PPP bzw. ÖPP) ist keine Lösung**
- **Rekommunalisieren statt privatisieren**

→ 5. Arbeitszeitverkürzung

- Deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust
- Lebensarbeitszeit verkürzen statt verlängern – weg mit der Rente ab 67

Erste Schritte:

- Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden
- Kurzarbeiterregelung verbessern und verlängern
- Überstundenabbau

→ 6. Armutsfeste Grundsicherung

- Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung muss repressionsfrei gewährt werden.
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, die kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, zu hohe Ansprüche an Flexibilität und Fahrtzeiten stellt oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.
- Die Zumutbarkeitsregelungen sind diesen Grundsätzen anzupassen.

→ 7. Reregulierung der Finanzmärkte, Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie

- Haftung von Unternehmensvorständen sowie Aufsichts- und Verwaltungsräten ausweiten
- Finanztransaktionsteuer einführen, Kreditverkäufe und Derivate drastisch einschränken
- Neuordnung des Bankensektors
 - Bilanzen offenlegen, Verluste realisieren
 - Marode Banken möglichst in die Pleite gehen lassen, bei systemrelevanten Banken staatlich rekapitalisieren und als öffentliche Banken betreiben
 - Banken zurückorientieren auf gesamtwirtschaftliche Funktion
 - im Ergebnis nur noch öffentlich rechtliche und genossenschaftliche Banken
 - Gesellschaftliche Vertreter in die Verwaltungs- und Aufsichtsräte

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ 7. Reregulierung der Finanzmärkte, Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie (Forts.)

- Beweislastumkehr: Finanz-TÜV
- Neue Befugnisse und neue Kultur der Finanzaufsicht
- Wirtschafts- und finanzpolitische Spielräume zurückgewinnen (z.B. soziales Europa mit hohen einheitlichen Standards, Steuern usw.)
- Einführung von Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen als Zukunftsaufgabe, Vergesellschaftung aller Bereiche der Daseinsvorsorge und von zentralen marktbeherrschenden Unternehmen

→ 8. Neue Weltwirtschaftsordnung

- Alle Länder gleichberechtigt an Regulierung beteiligen statt auf G20 beschränken
- Verbindliche Verträge im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) beschließen statt in der Welthandelsorganisation (WTO)
- Problem ungleichgewichtiger Handelsströme entschärfen/ Währungs Kooperation bzw. Einheitswährung voranbringen
- Regionalisierung und Binnenmarktorientierung stärken
- Investitionen an soziale und ökologische Standards knüpfen
- Entwicklungsländer entschulden / Internationales Insolvenzrecht einführen / Fonds gegen Krisenfolgen für Entwicklungsländer einrichten
- Steuer- und Regulierungs oasen austrocknen

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G